

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 77. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Mittwoch, dem 11. November 2009

1. Abgeordnete
Frank Puchtler und
Thomas Wansch (SPD)

Auswirkungen der Planungen der neuen Bundesregierung auf die öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz

Die neue Bundesregierung plant in den kommenden Jahren ausweislich des Koalitionsvertrages umfangreiche finanzwirksame Maßnahmen, insbesondere nicht gegenfinanzierte steuerrechtliche Änderungen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen würden diese von der Bundesregierung ausweislich des Koalitionsvertrages in den kommenden Jahren geplanten umfangreichen finanzwirksamen Maßnahmen und steuerrechtlichen Änderungen auf den Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz haben?
2. Welche Auswirkungen würden diese Änderungen auf die Kommunalhaushalte in Rheinland-Pfalz haben?
3. Teilt die Landesregierung die bereits deutlich gewordene ablehnende Haltung der Ministerpräsidenten anderer Bundesländer gegenüber den Plänen der Bundesregierung auch mit Blick auf die Vertretung gemeinsamer Interessen der Bundesländer und vor dem Hintergrund der neuen Schuldenregel im Grundgesetz?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die konjunkturpolitischen Effekte der geplanten Änderungen und ihren vermeintlichen Selbstfinanzierungscharakter?

2. Abgeordnete
Dr. Peter Enders und
Thomas Günther (CDU)

Risiken durch Fehlstart der Impfung gegen die Schweinegrippe in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum hat die Landesregierung nicht eine ausreichende Bereitstellung des Impfstoffs gegen die Schweinegrippe zum angekündigten Impfstart für die Bevölkerung sichergestellt?
2. Warum hat die Landesregierung nicht eine ausreichende Belieferung der Apotheken mit dem Impfstoff gegen die Schweinegrippe zum angekündigten Impfstart für die Bevölkerung sichergestellt?
3. Warum hat die Landesregierung nicht eine ausreichende Versorgung der Ärztinnen und Ärzte mit dem Impfstoff gegen die Schweinegrippe zum angekündigten Impfstart für die Bevölkerung sichergestellt?
4. Warum hat die Landesregierung nicht eine ausreichende Zahl der Impfäherzte gegen die Schweinegrippe zum angekündigten Impfstart sichergestellt?

3. Abgeordnete
Günter Eymael und
Herbert Mertin (FDP)

Verzögerung beim weiteren vierstreifigen Ausbau der B 10 in der Südpfalz

Laut Bericht der Rheinpfalz vom 4. November 2009 stocken die Planungen für den weiteren vierstreifigen Ausbau der B 10 in der Südpfalz. Insbesondere für das 4,1 Kilometer lange Teilstück zwischen Landau und Godramstein ergeben sich nun abermalige Verzögerungen. Entgegen der Aussage von Wirtschafts- und Verkehrsminister Hering am 25. Juni 2009 im Plenum, den Planfeststellungsbeschluss in diesem Jahr auf den Weg bringen zu wollen, glaubt dem Bericht der Rheinpfalz zufolge der Landesbetrieb Mobilität (LBM) nicht mehr daran, das Planfeststellungsverfahren in 2009 zum Abschluss zu bringen. Damit verzögert sich der dringend notwendige weitere vierstreifige Ausbau der B 10 im Südpfalzabschnitt ein weiteres Mal.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was sind die Gründe für die neuerliche Verzögerung beim Planfeststellungsbeschluss für den weiteren Ausbau der B 10 zwischen Landau und Godramstein?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass der Landesbetrieb Mobilität entgegen früheren Aussagen des Landesverkehrsministers inzwischen nicht mehr an einen Planfeststellungsbeschluss für das B 10-Teilstück zwischen Landau und Godramstein in 2009 glaubt?
3. Was sind die Gründe für die Verzögerungen bei der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den Bauabschnitt Godramstein – Klemmentalbrücke, das in diesem Jahr nach Aussagen des Landesverkehrsministers in obiger Plenarsitzung ebenfalls eingeleitet werden sollte?
4. Wann rechnet die Landesregierung mit der Herstellung von Baurecht für die beiden B 10-Abschnitte Landau – Godramstein und Godramstein – Klemmentalbrücke?

4. Abgeordneter
Christian Baldauf (CDU)

Was wusste Ministerpräsident Kurt Beck über Nürburgring-Finanzvermittler?

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse hatte die Landesregierung über Informationen des Landeskriminalamtes zu einem Kaufmann, der bereits im Jahr 2005 bei einem Wolfsburger Millionenprojekt mit dem – letztlich erfolglosen – Versprechen aufgetreten sein soll, Investoren für eine Erlebniswelt zu besorgen?
2. Ab wann waren diese Kenntnisse der Landesregierung oder Verantwortlichen der Nürburgring GmbH bekannt?
3. Wie verlief der Informationsfluss in dieser Angelegenheit innerhalb der Landesregierung im Einzelnen (etwa hinsichtlich Personen, Zeitpunkten etc.)?
4. In welcher Weise wurde Ministerpräsident Beck informiert?

5. Abgeordnete
Dr. Matthias Krell und
Ruth Leppla (SPD)

Erfolg der TU Kaiserslautern im „Wettbewerb exzellente Lehre“

Die Kultusministerkonferenz der Länder und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft haben gemeinsam den „Wettbewerb exzellente Lehre“ ins Leben gerufen. Zielsetzung dieses Wettbewerbs ist die Betonung des Stellenwertes der Lehre. Ausgezeichnet werden Konzepte der Hochschulen, die zeigen, unter welchen Kriterien und mit welchen Mitteln die Hochschulen ihre Qualität und Attraktivität als Ausbildungsstätte noch weiter erhöhen wollen. Die TU Kaiserslautern konnte sich in diesem Wettbewerb mit einem der besten strategischen Gesamtkonzepte zur Stärkung der Hochschullehre durchsetzen und erhält für die Umsetzung der eingereichten Konzepte eine Million Euro.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele der bundesdeutschen Hochschulen haben sich an diesem Wettbewerb beteiligt?
2. Mit welchem Projekt konnte sich die TU Kaiserslautern im „Wettbewerb exzellente Lehre“ durchsetzen?
3. Welche Voraussetzungen seitens der Universität konnten zu diesem Erfolg beitragen?

**6. Abgeordnete
Simone Huth-Haage
(CDU)**

Wirtschaftspädagogik an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Nach Berichten von Studierenden der Wirtschaftspädagogik ist auch zu Beginn des neuen Wintersemesters der Zugang zum Internetportal www.schulpraktika.rlp.de entgegen anders lautender Ankündigungen immer noch gesperrt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Seit wann wird das Internetportal www.schulpraktika.rlp.de durch das Landesprüfungsamt für berufsbildende Schulen für Studierende der Wirtschaftspädagogik gesperrt?
2. Seit wann hat die Landesregierung Kenntnis von der Vorgehensweise des Landesprüfungsamtes?
3. Inwiefern hält die Landesregierung diese Vorgehensweise des Landesprüfungsamtes für angemessen?
4. Teilt die Landesregierung die Befürchtung, dass diese Vorgehensweise bei Studierenden zu Verzögerungen der Studienzeit bzw. zur Abwanderung in andere Bundesländer führen wird?

**7. Abgeordnete
Uta Schellhaaß und
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

Schweinegrippe-Impfung in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Form wird die flächendeckende Versorgung mit Impfstoff über die Apotheken sichergestellt?
2. In welchem Umfang wird der erforderliche Impfstoff zurzeit bereitgestellt?
3. In welchem Umfang stehen Ärzte in Rheinland-Pfalz bereit, welche die entsprechenden Impfungen durchführen können?
4. Was waren die Gründe dafür, dass die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz sich nicht an der flächendeckenden Organisation der Gripeschutzimpfung beteiligte?

**8. Abgeordnete
Margit Mohr,
Frank Puchtler,
Jens Guth,
Günther Ramsauer,
Heiko Sippel,
Anne Spurzem und
Fredri Winter (SPD)**

Wahlen der Mitarbeitervertretung im Verwaltungsrat der Sparkassen gemäß der neuen Sparkassenwahlordnung – Mitarbeiter –

Mit der Novellierung des Sparkassengesetzes haben die Mitarbeitervertreterinnen und Mitarbeitervertreter im Verwaltungsrat der Sparkassen und bei der Landesbausparkasse das volle Mitbestimmungsrecht erhalten.

Der Landtag hat das Gesetz mit den entsprechenden Änderungen in seiner Sitzung am 4. Juni 2008 mit den Stimmen der SPD beschlossen. Die Sparkassenwahlordnung – Mitarbeiter – wurde durch Verordnung vom 6. Februar 2009 geändert.

Jede Vertretung der Träger der Sparkasse bestätigt zudem die Verwaltungsratsmitglieder und deren Stellvertreter in der Reihenfolge der Vorschlagsliste für die Bestätigungswahl im Wege der Einzelwahl. Bestätigt ist, wer von jeder Vertretung der Träger der Sparkasse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gewählt worden ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie sind die gerade abgeschlossenen Wahlen der Verwaltungsratsmitglieder der Sparkassen, die von den wahlberechtigten Beschäftigten gewählt werden, nach Anwendung der neuen Bestimmungen der Sparkassenwahlordnung verlaufen?
2. Wie sind die Bestätigungswahlen gemäß der neuen Sparkassenwahlordnung – Mitarbeiter – durch die Vertretung der Träger der Sparkassen verlaufen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die nach der geänderten Sparkassenwahlordnung – Mitarbeiter – gemachten Erfahrungen?

**9. Abgeordneter
Michael Hörter (CDU)**

Bekämpfung von Jugendgewalt durch Führerscheinentzug

In der Süddeutschen Zeitung vom 13. Oktober 2009 wird über die in Heilbronn und Karlsruhe geübte Praxis, gewalttätigen Jugendlichen den Zugang zum Führerschein zu erschweren bzw. dessen Entzug anzudrohen und diese Drohung ggf. zu vollziehen, berichtet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Praxis und befürwortet sie eine Übertragung auf Rheinland-Pfalz?
2. Sieht die Landesregierung die Regelungen der Fahrerlaubnisverordnung, die die charakterliche Eignung als Voraussetzung zum Führen eines Fahrzeugs festschreibt, als ausreichende Rechtsgrundlage für den konsequenten Vollzug der o. a. Maßnahmen an?
3. Wird die Landesregierung rheinland-pfälzischen Kommunen, die sich mit Gewaltproblematiken konfrontiert sehen, die Anwendung dieses Instruments empfehlen und sie dabei unterstützen?

**10. Abgeordneter
Dr. Norbert Mittrücker
(CDU)**

Leerrohrprogramm für schnelles Internet in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat ein Informationstausch zwischen Bundes- und Landesregierung hinsichtlich der von der neuen Bundesregierung geplanten flächendeckenden Erschließung der noch nicht versorgten ländlichen Gebiete Deutschlands mit leistungsfähigem Breitband bereits stattgefunden?
2. Wie viele Förderbescheide wurden im Rahmen des sog. Leerrohrprogramms, für das nach Auskunft der Landesregierung Fördermittel in Höhe von sechs Millionen Euro zur flächendeckenden Breitbanderschließung des Landes und zum Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternets zur Verfügung stehen, bis jetzt erteilt?
3. Wie wird mit den Anträgen verfahren, die bis jetzt keine Förderberücksichtigung gefunden haben, und um wie viele Anträge handelt es sich?
4. Ist der Einsatz zusätzlicher Finanzmittel aus dem Landeshaushalt geplant, wenn die Mittel aus den laufenden Förderprogrammen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) und des Konjunkturprogramms II aufgebraucht sind?

**11. Abgeordnete
Margit Mohr,
David Langner und
Wolfgang Schwarz (SPD)**

Befristete Wiederbetriebsaufnahme des Geothermie-Kraftwerks Landau

Nach Medienberichten steht die Wiederaufnahme eines befristeten Probetriebs des Geothermie-Kraftwerks Landau unmittelbar bevor. Das Kraftwerk wurde nach Erderschütterungen im August vorübergehend stillgelegt und eine Expertenkommission eingesetzt, die einen Zusammenhang zwischen den Erderschütterungen und dem Kraftwerk prüfen soll. Die Expertenkommission soll nach Medienangaben gegen Ende des Jahres erste belastbare Ergebnisse liefern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind mit der Zulassung zur befristeten Wiederaufnahme des Probetriebs zusätzliche Anforderungen hinsichtlich der Sicherheit im Betrieb verbunden?
2. Welche Maßnahmen wurden insgesamt berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Bevölkerung zu minimieren und die Technologie weiterzuentwickeln?
3. Wie und in welchem Umfang wird die Öffentlichkeit vor Ort und wie werden die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen über den jeweils aktuellen Sachstand informiert?

12. Abgeordnete**Simone Huth-Haage und
Josef Keller (CDU)****Räumliche Situation der Fachhochschulen (FH) in Rheinland-Pfalz**

Nach Berichten der Rheinpfalz vom 3. November 2009 protestieren Studierende der FH Ludwigshafen gegen unzureichende Studienbedingungen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich in den vergangenen fünf Jahren die Studierendenzahlen an den Fachhochschulen des Landes in absoluten und relativen Zahlen entwickelt?
2. An welchen Fachhochschulen des Landes gibt es aktuell Engpässe bzw. massiven Sanierungsbedarf im Bereich der Raumausstattung?
3. Wie erklärt die Landesregierung speziell die jüngsten Studierendenproteste an der FH Ludwigshafen?
4. Welches exemplarische Konzept verfolgt die Landesregierung, um langfristig bei steigenden Studierendenzahlen qualitativ hochwertige Studienbedingungen an der FH Ludwigshafen zu gewährleisten?

13. Abgeordnete**Dorothea Schäfer und
Anke Beilstein (CDU)****Forderungen des Zweckverbandes für die Tierkörperbeseitigungsanlagen an die Landesregierung**

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang hält die Landesregierung die Forderungen des Zweckverbandes für die Tierkörperbeseitigungsanlagen in Rheinland-Pfalz, die in dessen jüngstem Schreiben vom Oktober 2009 enthalten sind, für berechtigt?
2. Wie hoch sind zum derzeitigen Stand nach Einschätzung der Landesregierung die Kosten der Überkapazitäten bei Anlagen zur Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, die im Seuchenfall einsetzbar sind, um die Beseitigung bzw. Verbrennung auf offenem Feld zu vermeiden?
3. Welche prozentuale Beteiligung des Landes an den Investitionskosten und den laufenden Kosten für Tierkörperbeseitigungsanlagen ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern zum derzeitigen Stand üblich?
4. Wie wird zum derzeitigen Erfahrungsstand die Beseitigung oder Verbrennung von Tierkadavern auf offenem Feld hinsichtlich von Beeinträchtigungen und Schäden der Umwelt durch die Fachleute und die Verwaltungen der Bundesländer beurteilt?

14. Abgeordnete**Christine Schneider,
Thomas Weiner und
Peter Dincher (CDU)****Planung der B 10 zwischen Landau und Queichhambach**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die in der Presse bekannt gewordenen Aussagen des Landesbetriebes Mobilität, wonach es beim Ausbau der B 10 weder für den Abschnitt Landau – Godramstein einen Abschluss des Planfeststellungsverfahrens bis zum Jahresende geben wird, noch ein Prüfungsergebnis des Bundesverkehrsministers für die Planungsunterlagen zum Abschnitt Godramstein – Klemmentalbrücke vorliegt?
2. Entfallen dadurch Finanzierungsmittel aus den Konjunkturpaketen des Bundes?
3. Welche Ursache sieht die Landesregierung für diese Verzögerungen gegenüber den Ankündigungen des Landesverkehrsministers vom Juni 2009 vor dem Landtagsplenum?
4. Welche Zeitperspektiven sieht die Landesregierung für die Planfeststellungen in den hier genannten Abschnitten der B 10?